

RS OGH 1999/9/16 6Ob139/99f

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 16.09.1999

Norm

ABGB §1330 Abs2 Bl

Rechtssatz

Der auf § 1330 ABGB gestützte Anspruch auf Unterlassung und Widerruf falscher rufschädigender Tatsachenbehauptungen hat zur Voraussetzung, daß die Behauptung und die Verbreitung vom Beklagten stammen. Daß der Beklagte die fremde Behauptung nicht dementierte, macht die Behauptung noch nicht zu seiner eigenen. Die Zeitung (der interviewende Journalist) war nicht rechtsgeschäftlich bevollmächtigter Vertreter des Beklagten sondern nur dazu ermächtigt, die Aussagen des zitierten Beklagten zu veröffentlichen. Aus der widerspruchlosen späteren Duldung der Veröffentlichung, gegen die zwangsläufig erst nach Erkennen des Fehlzitats vorgegangen werden könnte, ergibt sich noch keineswegs zwingend eine Identifikation des falsch Zitierten mit der von ihm nicht gemachten Äußerung. Primär ist es Sache des Verletzten, beim falsch zitierenden Medium eine Richtigstellung zu erwirken.

Entscheidungstexte

- 6 Ob 139/99f

Entscheidungstext OGH 16.09.1999 6 Ob 139/99f

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1999:RS0112545

Dokumentnummer

JJR_19990916_OGH0002_0060OB00139_99F0000_001

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>